

23. Linzer Konferenz  
8.-12. September 1987

Referat zum  
Tagesordnungspunkt 1

Jan GALANDAUER  
C S S R

Die tschechischen Sozialdemokraten auf der Friedenskonferenz  
in Stockholm

Anfang 1917 versuchten die Sozialdemokraten aus den neutralen Ländern eine Friedensinitiative zu organisieren. Die rechten Sozialdemokraten aus Holland und die Sozialdemokraten aus Schweden und Dänemark bildeten das sog. holländisch-skandinavische Komitee. Die sozialdemokratischen Parteien wurden eingeladen, zu einer Vorberatung nach Stockholm zu kommen. Es sollten Voraussetzungen für die Einberufung einer Konferenz aller sozialdemokratischen Parteien zur Frage des Friedens geschaffen werden. Die Initiative des holländisch-skandinavischen Komitees stieß vom Anfang an auf Hindernisse. Den Sozialdemokraten aus den Staaten der Entente verweigerten ihre Regierungen die Pässe, und so wurde aus der Stockholmer Beratung eine Sache vor allem der Sozialdemokraten aus den Staaten der Mitte. Das war nicht unlogisch. Gekämpft wurde auf dem Gebiet der Staaten der Entente, Friedenverhandlungen in der gegebenen Situation wären eigentlich Verhandlungen zwischen den siegreichen Mittelmächten und der geschlagenen Entente gewesen.

Insbesondere Österreich-Ungarn und sein Außenminister begrüßten die Versuche des holländisch-skandinavischen Komitees. Kaiser Karl und Czernin unternahmen ja eben zu der Zeit ihre geheimen Versuche um die Rettung des Reiches durch Beendigung des Krieges. Sie sahen daher in der Stockholmer Konferenz eine begrüßenswerte Ergänzung ihrer Bestrebungen. Das Motto des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, das in den Reihen der Sozialisten in den neutralen Ländern an Boden gewann, war für Karl und Czernin in der Interpretation als Status quo nicht unannehmbar. Es gab Hoffnung auf die Erhaltung der Integrität des Reiches. Die entscheidenden Kreise in Deutschland gedachten allerdings durchaus nicht, den Krieg ohne umfassende Annexionen zu beenden, aber eben deshalb paßte Czernin die Formulierung eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen wie sie von den "Sozialpazifisten" geprägt wurde, weil sie seine Position Deutschland gegenüber festigte. Czernin hat nicht allein

zeigten sie sich davon begeistert, daß ein selbständiges Finnland und aus dem Gebiet des russischen Kongreß-Polens ein "selbständiger" polnischer Staat entstehen sollte. Die theoretische Konsequenz, mit der die Erklärung "konsequent" das Recht der Völker durchsetzen wollte, soweit dies allerdings die Habsburger Monarchie und Deutschland unangetastet ließe, wirkt fast komisch. In Österreich selbst sollte die Nationalitätenfrage mittels einer nicht näher definierten nationalen Autonomie geregelt werden.

Der Exekutiv Ausschuß der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei entsandte eine selbständige Delegation nach Stockholm. Das widerspiegelte auch die Tatsache, daß die sog. "kleine österreichische Internationale", d.h. die einheitliche gesamtösterreichische Partei bereits vor dem Krieg zerfallen war und die tschechische Partei sich verselbständigt hatte. Mitglieder der Delegation der tschechischen Partei nach Stockholm waren Bohumír Šmeral, Gustav Habrman <sup>und Antonín Němec</sup>. Diese Zusammensetzung brachte die Unterschiede zum Ausdruck, die in den Reihen der tschechischen Sozialdemokratie im Verhältnis zu Österreich-Ungarn herrschten. B. Šmeral war Repräsentant der Konzeption, die davon ausging, daß die Habsburger Monarchie auch nach dem Krieg fortbestehen würde, und er lehnte die Bestrebungen um die Bildung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates ab. G. Habrman war ein Verfechter der antiösterreichischen Aktion Masaryks und setzte sich für die Zerschlagung Österreich-Ungarns und die Bildung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates ein. A. Němec unterstrich insbesondere die soziale Frage und bezog in der Frage des Verhältnisses zu Österreich-Ungarn keinen klaren Standpunkt.

Vor dem Krieg und in den ersten Kriegsjahren sprach sich die tschechoslowakische Sozialdemokratie in ihrem Programm für die Habsburger Monarchie als geeigneten staatlichen Rahmen für das Leben des tschechischen Volkes aus, wollte sie demokratisieren und auf dem Nationalitätenprinzip reorganisieren (sprachliche und kulturelle) Autonomie, die Idee eines tschechischen Staates wurde von ihr abgelehnt. Unter dem Einfluß der russischen Februarrevolution änderte sich ihr Programm: sie trat

Šmerals Reisenotizen und Aufzeichnungen über seinen Aufenthalt in Stockholm sind lakonisch. Das ist verständlich. Wie er selbst später beim Überschreiben seiner Notizen bemerkte, mußte er bei seiner Rückkehr wieder mit einer strengen Kontrolle rechnen. Zugleich war zu erwarten, daß die tschechischen Delegierten von österreichischen Agenten verfolgt werden würden. Die Ausreise außerhalb des Territoriums der Mittelmächte war im Krieg eine äußerst seltene Sache und die Stockholmer Vorberatungen zogen die Aufmerksamkeit der Geheimdienste aller kriegführenden Staaten auf sich. Die Art des Auftretens sowie die Kontakte der tschechischen Delegierten waren nicht allein für die österreichische Konterespionage, sondern auch für das Außenministerium interessant.

Die tschechischen Delegierten waren sich dessen bewußt. Deshalb gingen sie so vor, damit man ihnen nach ihrer Rückkehr keine staatsfeindliche Konspiration vorwerfen konnte. Sie knüpften umfangreiche Kontakte an, aber sie setzten davon die österreichisch-ungarische Botschaft offiziell in Kenntnis. Šmeral führte Gespräche mit sozialdemokratischen Teilnehmern der Stockholmer Vorberatungen, mit Journalisten und sogar mit dem Exponenten Masaryks, Professor Maxa. Masaryk hatte Maxa mit dem Ziel geschickt, einmal seine Auslandsaktion zu propagieren und zum andern Kontakt mit den tschechischen Delegierten aufzunehmen. Er legte Šmeral, Habrman und Němec ein umfangreiches Exposé über Masaryks Auslandsaktion vor. Die Beratungen in dem Stockholmer Zimmer haben etwas Unwirkliches an sich. Inmitten des erbarmungslosen Weltkrieges diskutiert ein bekannter und überzeugter Verfechter der Erhaltung Österreichs mit dem verfolgten Deserteur und Beauftragten eines Mannes, der es sich zum Ziel gesetzt hat, die Habsburger Monarchie zu vernichten. Šmeral, seine Partei und deren Presse hatten Masaryks Aktion mehrfach verurteilt und zwar durchaus nicht aus Zwang sondern aus Überzeugung. Masaryk und seine Gruppe verurteilten wiederum ihrerseits schärfstens alle proösterreichischen Äußerungen tschechischer Politiker. Und dennoch lauscht

leisten, nicht auch damit zu rechnen, daß der Krieg einen anderen Ausgang nehmen könnte, als er erwartete. In einem gewissen Sinne stellten Masaryks Emigration und Šmerals Tschechischer Bund für die tschechische Politik "zwei Eisen im Feuer" dar. Nicht so, daß es sich um eine wissentliche Vereinbarung "für alle Fälle" gehandelt hätte. Šmeral und Masaryk waren politische Gegner, denn ihre Vorstellungen über die Ergebnisse des Krieges wiesen erhebliche Unterschiede auf. Aber die Differenzen in ihren Anschauungen spiegelten die geistige Doppelgleisigkeit tschechischen Denkens seit Palacký wider. Der überwiegende Austroslawismus war stets von der Idee der Bildung eines tschechischen Staates begleitet. Es herrschte jedoch die Vorstellung vor, daß dieser Staat im Rahmen der Habsburger Monarchie entstehen würde. Man rechnete damit als politischer Realität, die für die machtpolitische Absicherung des tschechischen Volkes und ggf. des tschechischen Staates im Herzen Europas unerlässlich ist. Für Masaryk konnte Šmerals Überzeugung, daß es für das tschechische Volk nicht nur nicht möglich, sondern auch gar nicht wünschenswert sei, daß Österreich zerschlagen wird, durchaus nichts Unbegreifliches oder Verwerfliches sein. War er ja selbst bis in die letzten Vorkriegsjahre ein energischer Anhänger der gleichen Meinung gewesen. Und schließlich : sogar in den Kriegsjahren war sich Masaryk bewußt, daß ein isolierter tschechoslowakischer Staat machtpolitisch und wirtschaftlich verwundbar wäre, und deshalb stellt er die Forderung nach einem Zusammenschluß der kleinen Staaten "von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer".

Masaryks und Šmerals Kriegspolitik war ideologisch also nicht unversöhnlich antagonistisch. Solange Šmeral nicht den Boden der opportunistischen und "volksumfassenden" Politik verließ, um sich auf den Boden der klassenmäßigen und revolutionären Politik zu stellen, war zwischen ihm und Masaryk nicht nur ein Dialog, sondern auch Verständnis vorstellbar und möglich.

Aufmerksamkeit verdient auch der kuriose Umstand, daß die österreichisch-ungarische Botschaft in Stockholm über die Begegnung mit Maxa informiert wurde. Es verblüfft einigermaßen, daß die Botschaft, indem sie dies zur Kenntnis nahm, das Treffen zwischen österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen und Hochverrätern gewissermaßen sanktionierte. Wenn beispielsweise die österreichische Konterespionage festgestellt hätte, daß einer

zwar aller Schichten, den amtlichen Nachrichten nicht trauen. Wenn der amtliche Bericht von dem Kampfschauplatz angibt, daß die Truppen der Entente um 3 km vorgedrungen sind, so bemächtigt sich aller die Überzeugung, daß die Wahrheit verheimlicht wird, und daß die Armeen der Entente mindestens 300 km erobert haben. Und umgekehrt, wenn der amtliche Bericht anführt, daß die Armeen der Mittelmächte um 300 km vorgedrungen sind, werden diese Berichte als erlogen bezeichnet, jedermann lacht über sie, und alle sind fest überzeugt, daß den Armeen der Mittelmächte vielleicht ein Durchbruch gelungen ist, aber nicht um 300 km, sondern um kaum 3 km. Habrman ist Vertreter dieser Politik. Ich... vertrete eine ganz andere Meinung. Ich gebe zwar zu, daß diese meine Ansichten von kaum 5% des tschechischen Volkes geteilt werden, aber ich gehe davon aus, daß man vor allem den Frieden, Frieden um jeden Preis anstreben muß, und daß man erst dann auf die Regelung aller weiteren Fragen hinwirken sollte, d.h. auch der tschechischen Frage. Ich gehe von der Voraussetzung aus, daß der Krieg nicht mit der Niederlage einer der kriegführenden Parteien enden wird; schlimmstenfalls bleibt er unentschieden. Deshalb wird es auch nicht zur Errichtung eines neuen Europa kommen. Ich bin fest davon überzeugt, daß das österreichische Reich nicht untergehen, sondern bleiben wird, und deshalb vertrete ich die Meinung, daß es in einer Stunde der Gefahr für den österreichischen Staat erforderlich ist, daß sich zumindest ein Teil des tschechischen Volkes und seiner Vertreter zu diesem Staat bekennt, damit sich dieser nach Beendigung des Krieges an dem Volk nicht für die erwiesene Feindschaft rächt, sondern sich ihm aus Dankbarkeit für die Treue erkenntlich zeigt, die es ihm in bösen Zeiten wenigstens in seiner Minderheit bewiesen hat. Wenn man nicht das ganze Volk für diese Politik zu gewinnen vermag, so betrachte ich es als meine Pflicht, allein mit einzelnen Personen, wenn auch in verschwindender Minderheit, diese Politik durchzusetzen, damit der österreichische Staat den Beweis erhält, daß das tschechische Volk zur Zeit der Bedrohung dieses Staates nicht im Lager der Verräter war. Ich glaube, daß ich in dieser Weise eine Politik vertrete, die im tschechoslowakischen Volk vielleicht nicht populär, aber nützlich und verdienstvoll ist." <sup>5</sup>

Die Stockholmer Erklärung der tschechischen Sozialdemokratie war, ebenso wie die Erklärung des Tschechischen Bundes vom 30. Mai 1917 ein Programm der Umwandlung Österreich-Ungarns in einen föderativen Bund von Nationalitätenstaaten. Sie unterscheidet sich dadurch, daß sie nicht die Habsburger Dynastie erwähnt, die sozialdemokratischen Parteien waren ja theoretisch antimonarchistisch eingestellt, sie legt jedoch auch nicht die Forderung einer Republik fest, so daß es sich um einen Unterschied in den Formulierungen und nicht in der Substanz des Programms handelt. Die Stockholmer Erklärung beruft sich auf keine historischen Argumente.

Die Stockholmer Erklärung der tschechischen Sozialdemokraten durchlief die Weltpresse. In Österreich wurde sie jedoch beschlagnahmt und die Öffentlichkeit konnte sich erst mit ihr bekanntmachen, nachdem sie durch eine Interpellation im Parlament immunisiert wurde. Šmeral bezeichnete die Konfiskation der Stockholmer Erklärung als eine Äußerung der Blindheit der Regierung, die nicht begreift, daß diese Erklärung auf Frieden und die Reform sowie auf die Rettung des Reiches ausgerichtet war.

- 
- 1 Brügel, L.: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd.V., S. 294
  - 2 Ebenda, S. 295
  - 3 Tobolka, Z.: Staatsrechtliche Erklärung vom 30. Mai 1917  
In : Naše revoluce II. (Jahr 1924), S.183.
  - 4 Über den Standpunkt und die Politik B.Šmerals siehe ausführlich Galandauer, J.: Bohumír Šmeral 1914-1941. Prag 1986.
  - 5 Habrman, G.: Mé vzpomínky z války.(Meine Kriegserinnerungen). Prag 1927, S. 168.
  - 6 Soukup, F.: 28.říjen 1918 (Der 28.Oktober 1918), Teil I., S. 538-539.
  - 7 Ebenda.